Ost/Mag
Wissenschaftliche Beiträge
des Ostinstituts Wismar
Ostinstitut/Wismar

Die Politik des Westens macht Putin stark

Autor: Martin Hoffmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Forums

„*Russlandversteher*", so wird behauptet, sind Helfershelfer der russischen Präsidenten im Westen, nicht nur im derzeitigen Ukraine-Konflikt.[1] Wer Verständnis für den Kreml und seine Politik äußere – sei es der intelligente Zyniker oder der naive Russophile – mache Putin stark. Allerdings zeigt ein Blick auf die Stimmung in der russischen Bevölkerung und die Entwicklung der Ereignisse des vergangenen halben Jahres etwas ganz anderes: Als eigentliche Unterstützer des russischen Präsidenten müssen diejenigen gelten, die Vladimir Putins Person und seine Politik rundheraus ablehnen und mit Sanktionen und Drohmaßnahmen bekämpfen.

Mittlerweile bestreitet wohl kaum noch jemand in der EU, dass die gegen Russland gerichteten Maßnahmen für beide Seiten hohe wirtschaftliche Verluste mit sich bringen und eine Spirale von Druck und Gegendruck in Gang gesetzt haben. Aber diese Politik, so argumentiert man, müsse fortgesetzt werden. Nur so könne der Westen seine klare Absage an jede militärische Option realisieren und Russland gewissermaßen „friedlich" unter Druck setzen. Wie anders solle man russischer Willkür und Aggression wirksam Grenzen setzen?[2]

Also gut nehmen wir diese Argumentation beim Wort und prüfen daraufhin die Ergebnisse der westlichen Politik. Klar wird eine vernichtende Bilanz: Nie zuvor konnte der russische Staatschef auf so viel Unterstützung bauen wie heute.[3] Die westlichen Sanktionen schmerzen zwar wirtschaftlich hüben wie drüben, aber vor allem passen sie perfekt in das russische Bild vom aggressiven oder zumindest ignoranten Westen. Das gilt ebenso für den Boykott vieler Dialogforen oder für eine Visapolitik, die den russischen Menschen nicht gerade eine Willkommenskultur signalisiert.

Erinnern wir uns: Gerade in den Jahren nach der Wiederwahl Putins sorgten wirtschaftliche Stagnation und intransparente Wahlen für einen Rückgang der Popularität des russischen

[1] Siehe Beispielhaft für viele: Wendland, Hilflos im Dunkeln, Osteuropa, 9-10, 2014, S. 13 ff.
[2] So auch Prof. Hans-Henning Schröder und des Russlandkoordinators der Bundesregierung Herrn Gernot Erler auf den 5. Wirtschaftspolitischen Gesprächen des Ostinstitutes in Berlin am 3. Juli 2015, siehe Tagungsbericht in dieser Ausgabe des Ostletters.
[3] Vgl. Angaben des Lewada-Zentrums, des russischen Meinungsforschungsinstituts, das auf der von Freedom House veröffentlichten Liste der unabhängigen analytischen Zentren Europas steht: http://www.levada.ru/23-07-2015/iyulskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya.

Präsidenten. Der russischen Innenpolitik gelang es lange nicht, das Steuer herumzureißen. Übrigens konnte der Kreml auch damals schon auf einen weitgehend homogenen Medienapparat zurückgreifen. Erstaunlicherweise wirkte der damals nicht so erfolgreich auf den vermeintlich so unbedarften und unkritischen russischen Medienkonsumenten.

Dann kam die Ukraine-Krise mit den bekannten Reiz-Reaktions-Schemata der vergangenen acht Monate. Die Beliebtheit der russischen Politik und des russischen Präsidenten stieg in schwindelerregende Höhen. Die stark empfundene und geschichtlich tief verwurzelte Furcht vor Bedrohung aus dem Westen und der Reflex, sich gegen Druck von außen zur Wehr zu setzen, erreichten das, was keine Propaganda je vermocht hätte. Auch ökonomische Defizite aller Art lassen sich nun bequem auf das Konto westlicher Machenschaften buchen. Kurzum: Der eigentlich gegen die russischen politischen Eliten gerichtete Druck bewirkt zumindest mittelfristig das genaue Gegenteil.

Natürlich sind Achtung und Respekt vor den Strategien westlicher Entscheider geboten. Sie werden diese Entwicklung einkalkuliert haben. Dann aber stellt sich die Frage: Warum bleibt das Vorgehen unverändert? Mir scheinen zwei Erklärungen möglich. Vielleicht rechnet man darauf, dass die hohe Zustimmungsrate für Vladimir Putin in Russland schon bald von der Realität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltags eingeholt wird. Die Folge enttäuschter Euphorie könnten innenpolitisch starke Konsequenzen für diejenigen haben, die derzeit noch profitieren. Auch könnte man auf eine „self-fulfilling prophecy“ setzen. Russlands Präsident könnte dann in der gefühlten Bedrohung genau so reagieren, wie es das Narrativ eines imperialen Autokraten immer schon prognostiziert hat. Beide Überlegungen ermutigen nicht gerade, denn sie bergen ein nicht berechenbares Eskalationspotential in sich.